Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1917

40 (16.2.1917)

Visual Library

No. 40. Karlsruhe, Freitag den 16. Februar 1917. 37. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 75 ₰, ¼jährl. 2,25 ℳ. Zugestellt durch unsere Träger 85 ₰ bezw. 2,55 ℳ, durch den Postbot. 89 ₰ bezw. 2,67 ℳ, durch d. Feldpost 90 ₰ bezw. 2,60 ℳ; vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7—1 u. 2—½7 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Zwischen drei Stühlen.

Woodrow Wilson hat sich selbst in die unangenehmste Lage gebracht, in die ein Staatsmann kommen kann. Er hat sich als Apostel des Friedens vorgestellt und droht jetzt mit der Kriegserklärung. Er wollte neutral sein, und nahm doch einseitig Partei. Er wünscht die Unterstützung aller übrigen Neutralen, und erhält von ihnen gepfefferte Absagen. Man wirft ihm, wie das in der schwedischen Antwortnote zum Ausdruck kommt, ganz offen vor, daß das bisherige Verhalten der Vereinigten Staaten mit unparteilicher Neutralität in schroffem Widerspruch stände. So befindet sich Wilson zwischen drei Stühlen. England drängt ihn und ist mit ihm unzufrieden, weil er noch nicht den Krieg erklärt habe. Deutschland hat er mehr als einmal vor den Kopf gestoßen und jetzt offiziell den Bruch mit ihm herbeigeführt. Die Neutralen Europas aber, zu deren Beschützer er sich aufwarf, lassen ihn abblitzen. Ihre Interessen sind allerdings anders geartet, als die des munitionsspendenden Amerika. Und sie wissen, daß die Republik jenseits des großen Teiches während des ganzen Krieges trotz direkter Aufforderung sich nicht gerührt hat, wenn es galt, englische Uebergriffe gegen die kleinen schiffahrtreibenden Neutralen abzuwehren. Das haben besonders die Skandinavier erfahren müssen, und die besonders deutliche Absage Schwedens wird um so verständlicher, wenn man die Wirkung der „neutralen" Politik Wilsons auf die skandinavischen Staaten etwas näher betrachtet.

Die skandinavischen Länder sind hinsichtlich ihrer Lebensmittelversorgung auf Amerika angewiesen, im Kriege noch mehr als im Frieden. Norwegen und Schweden führen neben Weizen und Kolonialwaren besonders Fleischwaren aus Amerika ein. Der sogenannte „amerikanische Speck" ist sogar das hauptsächlichste Fleischnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung Schwedens, insbesondere der Waldarbeiter und Kleinbauern Nordschwedens, und auch in den norwegischen Gruben- und Waldgebieten ist dieser fette Speck ein wichtiges Nahrungsmittel der schwer arbeitenden Bevölkerung. Dänemark wiederum führt aus Amerika große Mengen Futtermittel für seine Landwirtschaft ein, deren Fleischproduktion auf dieser Einfuhr aufgebaut ist. Außerdem ist Dänemark, das selbst nicht genügend Körnerfrüchte produziert, weil es zu der intensiveren Viehproduktion übergegangen ist, auf die Einfuhr von Getreide für die Ernährung seiner Bevölkerung angewiesen. Das war schon in Friedenszeiten so, und das Verhältnis im Kriege hat sich selbstverständlich nicht geändert.

Wohl aber sind die Möglichkeiten dieser Einfuhr der nordischen Länder aus Amerika erheblich geringer geworden. England hat im Gegensatz zu Deutschland sich nicht damit begnügt, den eigenen Handel mit den Neutralen zu kontrollieren und einzuschränken. Dagegen wäre nichts einzuwenden gewesen, weil es jedem Lande vorbehalten bleiben muß, über seine Beziehungen zum Ausland zu bestimmen. Aber England hat darüber hinaus den ganzen Handel der skandinavischen Länder mit Uebersee, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, unter seine Kontrolle gestellt, es führt genaue Statistik über diesen Handel und läßt grundsätzlich nicht mehr durch, als die Friedenseinfuhrstatistik für das gleiche Ursprungsland nachweist. Dabei muß ein erhebliches Minus entstehen, weil die Friedensstatistik natürlich nur die Waren als amerikanischen Ursprungs bezeichnet, die direkt bezogen wurden. Da aber ein nicht unerheblicher Teil der skandinavischen Einfuhr im Frieden teils aus Deutschland, vor allem aber über deutsche Häfen kam, figurierten diese Waren nicht unter dem skandinavisch-amerikanischen Handel in der Friedensstatistik, was den Engländern zum Vorwand diente, diesen Betrag von der ihrerseits zugelassenen Einfuhrmenge zu scheiden.

Dagegen hat Wilson ernste Einwände nicht erhoben.

Auch hat man nie etwas davon erfahren, daß ihm die monate-, ja jahrelang von England durchgeführte Zurückhaltung skandinavischer, in Amerika gekaufter Lebensmittel zur Ernährung der Menschen und Rohstoffe zur Aufrechterhaltung der Industrie nahegegangen wäre. Ende des Jahres 1916 lagerten in englischen Häfen für nicht weniger als rund 200 Millionen Kronen Waren verschiedenster Art, die Schweden in Amerika gegen bar gekauft hatte, und wovon nur Werte von 60 Millionen Kronen bei der schwedischen Kriegsversicherungskommission versichert waren, die aber von den Engländern auf offener See aufgegriffen und zurückgehalten wurden. Auf diesem Wege hat England es sogar fertig gebracht, amerikanische Waren, die mit skandinavischen Schiffen verfrachtet und nur zwangsweise nach England eingebracht waren, seinem Lizenzsystem einzufügen und sie dann wieder freizugeben, wenn die betreffenden Empfangsländer sich zu weitgehenden Zugeständnissen in anderer Beziehung bereit fanden.

Aber noch mehr. England hat nicht nur Waren überseeischen Ursprungs zeitweilig zurückbehalten, sondern es hat auch solche in großem Umfang beschlagnahmt und dafür lediglich den Preis bezahlt, den der skandinavische Importeur in Amerika angelegt hatte. In dem Maße, als die englischen Behörden dann diese Waren gegen anderweitige Lizenzen wieder freigaben, durfte der skandinavische Importeur sie nun zum zweitenmale kaufen, und zwar zu einem Preise, wie er am Tage des zweitmaligen Einkaufs in England für die gleiche Ware galt. Da manchmal Monate dazwischen lagen, war dieser Preis erheblich höher als der einstige zwangsweise Uebernahmepreis bei der Beschlagnahme der Ware in England. Dadurch sind der skandinavischen Volkswirtschaft enorme Verluste entstanden. Alle Proteste gegen dieses Verfahren waren ergebnislos, ebenso wie die Versuche, Herrn Woodrow Wilson zum Schutze des Handels seiner amerikanischen Bürger mit den nordischen Ländern aufzurufen.

Am auffälligsten war Wilsons absichtliche Blindheit in der Sache der amerikanischen Post. Daß die Engländer sich die Zensur der Telegramme zwischen amerikanischen und neutralen Geschäftsleuten anmaßten, mag noch hingehen, da sie sich auf ihr Eigentumsrecht am Kabel berufen konnten. Aber sie führten auch die englische Kontrolle und Beschlagnahme der Briefe, Pakete und sonstiger Post ein, die auf neutralen Schiffen ohne England anzulaufen von einem zum andern neutralen Lande befördert werden sollten. Und als dann schließlich der schwedischen Regierung der Geduldfaden riß, als diese sich zu Repressivmaßnahmen gegen die englisch-russische Transitpost über Schweden entschloß, dann blieb sie vollständig einsam auf weiter Flur. Auch der direkte Appell an Wilson fruchtete nichts. Gegen die Uebergriffe Englands hatte dieser Vorkämpfer des Völkerrechts keine ernsthaften Einwendungen zu machen.

Es trifft daher den Nagel auf den Kopf, wenn unser Kopenhager Parteiblatt Herrn Wilson jetzt zu Gemüte führt, daß die Lage wirklich neutraler Staaten in Europa, die nicht durch einen Ozean von der Brandung des Weltkriegs getrennt sind, sich etwas anders ausnimmt als in der anglophilen völkerrechtlichen Philosophie des Verfassers der „Neuen Freiheit". Nicht zum wenigsten infolge der englischen Uebergriffe gegen den neutralen Handel sind die Lebensmittelpreise in den skandinavischen Ländern nun bis zu 100 und mehr Prozent, je nach der Warengattung seit Juli 1914 gestiegen. Dazu kommt, daß die Industrie dieser Länder, wollten sie Wilson in seiner antideutschen Politik folgen, England auf Gnade und Ungnade ausgeliefert würde. England hat seit mehr als Jahresfrist bewiesen, daß es die neutralen Länder mit Kohle und industriellen Rohstoffen weder versorgen kann, noch will. Soweit es sich zur Lieferung bereit fand, stellte es die härtesten Bedingungen, die jenen Ländern das freie Verfügungsrecht über die von ihnen erzeugten Fertigfabrikate nahm. Dabei machte es keinen Unterschied, ob es sich um Rohstoffe englischer oder amerikanischer Herkunft handelte.

England hat in dieser Beziehung Amerika lediglich als eine britische Kolonie bewertet, und Wilson hat deutlich genug gezeigt, daß ihm diese Rolle auf den Leib geschnitten war. Aber er wird jetzt begreifen lernen, daß die Bedingungen neutraler Politik in Europa andere sind, und daß daher seine Aufforderung an die neutralen europäischen Staaten diese recht — weltfremd anmuten muß.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In letzter Zeit haben sich an der Front zwischen Armentieres und Arras zahlreiche Gefechte von Aufklärungsabteilungen abgespielt. Der Gegner hat bei seinen häufigen, teils mit, teils ohne Feuervorbereitung angesetzten Unternehmungen beträchtliche Verluste gehabt. In unserer Hand gebliebene Gefangene brachten wertvolle Aufschlüsse, die durch die Ergebnisse vieler eigener mit Geschick durchgeführter Erkundigungsvorstöße ergänzt worden sind.

Gestern war zwischen Serre und Somme unter Einsatz vieler schwerer Geschütze der Artilleriekampf vornehmlich in den Abendstunden stark. Infanterieangriffe erfolgten nicht. Es kamen in unserem wirksamen Feuer nur kleine Teilvorstöße gegen einige unserer vorgeschobenen Posten zustande, die befehlsgemäß auf unsere Hauptkampfstellung ausweichen.

*

Vom Kanal bis zu den Vogesen begünstigte klare Luft die Fliegertätigkeit. Die Gegner verloren gestern sieben Flugzeuge, von denen Leutnant von Richthofen 2 — sein 20. und 21. Sieg im Luftkampf — abschoß.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

An der Bahn von Kowel nach Luck überfiel eine unserer Streifabteilungen eine russische Feldwache und brachte 41 Gefangene zurück.

Südwestlich davon bei Kisielin holten Stoßtrupps 30 Russen und 1 Maschinengewehr aus der feindlichen Stellung.

Nördlich der Bahn von Zloczow nach Tarnopol glückte ein gut angelegtes, mit Schneid durchgeführtes Unternehmen in vollem Umfang. Nach kurzer Feuerwirkung drangen Sturmtrupps etwa 100 Meter tief in die russischen Linien ein, nahmen die Besatzung von 6 Offizieren und 275 Mann gefangen und hielten sich 5 Stunden in den feindlichen Gräben. Inzwischen gelang es den Mineuren, die ausgedehnten Minengänge zu zerstören und unter unsere Stellung geführte geladene Stollen unschädlich zu machen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Keine besonderen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

An der Putna wurde ein russischer Posten aufgehoben, am Sereth der Vorstoß mehrerer Kosakenpatrouillen zurückgewiesen.

Der Hafen und militärisch wichtige Anlagen von Galatz wurden wirkungsvoll beschossen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 15. Febr., abends. (Amtlich.) Zwischen Somme und Ancre lebhafte Artillerietätigkeit.

In der Champagne südlich von Ribont entwickelten sich Infanteriekämpfe, die für uns günstig verliefen.

Im Osten nichts Besonderes.

Bulgarischer Bericht.

WTB. Sofia, 15. Febr. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern: Mazedonische Front: Im Cernabogen versuchte der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung unsere Stellung anzugreifen, die ihm gestern entrissen wurde. Er wurde jedoch durch Maschinengewehrfeuer und Granaten abgewiesen. An der übrigen Front ziemlich schwaches Artilleriefeuer, das sich an zahlreichen Stellen auf einzelne Schüsse von beiden Seiten beschränkte. Südlich Seres Zusammenstöße zwischen Erkundungsabteilungen und Vorposten. — Rumänische Front: In der Gegend von Mahmudia schwacher Feuerwechsel zwischen Posten auf beiden Seiten des St. Georgkanals. Bei Tulcea haben wir durch vereinzeltes Feuer unserer Artillerie feindliche Truppen, die auf dem gegenüberliegenden Ufer bemerkt wurden, zerstreut.

Türkischer Bericht.

WTB. Konstantinopel, 15. Febr. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern: An der Tigrisfront nahm der Feind in der Nacht zum 13. Februar unsere Stellungen südlich vom Tigris unter heftiges Artilleriefeuer. Zwei Barken, die der Feind auf dem Kanal nach dem Tigris lenken wollte, wurden durch das Feuer unserer Beobachtungsposten gezwungen, sich zu entfernen. Am 13. Februar morgens steigerte der Feind abermals sein Artilleriefeuer und näherte sich unsern Stellungen mit Infanterie und abgesessener Kavallerie, ohne indessen zum Angriff überzugehen. An den andern Fronten ereignete sich nichts von Bedeutung.

Französischer Bericht.

WTB. Paris, 15. Febr. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Oestlich von Reims gelang uns ein Handstreich im Abschnitt von Prosnes. Die beiderseitigen Artillerien waren im Laufe des Tages tätig in den Gegenden der Champagne und St. Hilaire, sowie auf dem linken Ufer der Maas, im Abschnitt der Höhe 304 und des Toten Mannes. In der Woevre legten unsere Batterien Zerstörungsfeuer auf feindliche Werke nördlich von Fleury. Ueberall sonst war der Tag verhältnismäßig ruhig. — Flugwesen: Deutsche Flugzeuge haben am abend eternent Bomben auf Dünkirchen geworfen. Mehrere Zivilpersonen wurden getötet, andere verletzt. Nancy wurde ebenfalls am Morgen von Flugzeugen bombardiert. Es gab keine Opfer. In der Nacht vom 14. Februar warfen unsere Luftgeschwader Geschosse auf die Flugplätze von Etreillers (Aisne) und Rancourt (Somme), auf die Bahnhöfe von Athies, Hombleux Bohennes, Cruchy, St. Quentin, Ham und auf Fabriken östlich von Tergnier, wo sie mehrere Explosionen feststellten.

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

WTB. London, 15. Febr. (Nichtamtlich.) Lloyds meldet, daß der Segler „Endora" und der Dampfer „Anzac" versenkt wurden.

Die Höhe der alliierten Schiffsverluste in 8 Tagen.

WTB. Amsterdam, 15. Febr. (Nichtamtlich.) Bis zum 8. Februar einschließlich waren bei Lloyds Meldungen über den Verlust von 146 Schiffen eingelau-

fen, die seit dem 1. Februar versenkt oder verunglückt sind.

35 000 Tonnen von einem U-Boot versenkt.

WTB. **Berlin,** 15. Febr. Das U-Boot, dessen bisherige Erfolge am 9. Februar mit 16 000 Tonnen bekannt gegeben wurden, hat im ganzen 35 000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Marseille und der U-Bootkrieg.

Basel, 15. Febr. Aus Paris melden Basler Blätter: Seit Beginn des Tauchbootkrieges sind in Marseille 29 Dampfer und Frachtschiffe als überfällig gemeldet. Im Hafen von Marseille sind vom 1. bis 10. Febr. 36 Schiffe ein- und ausgefahren gegen 157 Schiffe im ersten Januardrittel.

Güterstauung in der Union.

London, 15. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Die „Times" melden aus Neuyork: In den amerikanischen Häfen und Stationen trat infolge der Weigerung der amerikanischen und anderen neutralen Schiffe, über den Ozean zu fahren, eine gewaltige Güterstauung auf. Man glaubt, daß ungefähr eine Million Tonnen Stahl in Neuyork lagert. Viele Güterzüge können nicht ausgeladen werden, weil keine Schiffe zur Verfügung stehen. Schon früher herrschte Wagenmangel; er hat sich jetzt noch verschlimmert.

Der Getreidetransport versagt vollständig. In Chicago liegt ein Weizenvorrat, viermal so groß wie der normale Vorrat für die Saison. In Boston lagert so viel Getreide, daß man nicht mehr in die Stadt hinein kann.

Die Delaware-Lakawanna-Eisenbahn und die Pennsylvania- und Neuyork-Zentral-Bahn haben bekannt gemacht, daß sie vorläufig keine Gütertransporte von den Westhäfen annehmen.

Der Kaiser an die Marine.

Berlin, 15. Febr. Das Marineverordnungsblatt vom 15. Febr. veröffentlicht folgenden Befehl des Kaisers:

An meine Marine!

In dem bevorstehenden Entscheidungskampf fällt meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Aushungerung, mit welchem unser gehässigster und hartnäckigster Feind das deutsche Volk niederzwingen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu kehren durch die Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die U-Boote in erster Reihe stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen entwickelte, auf leistungsfähige und leistungsfreudige Werften gestützte Waffe im Zusammenwirken mit allen andern Kampfmitteln der Marine und getragen von dem Geist, der sie im ganzen Verlauf des Krieges zu glänzenden Taten befähigte, den Kriegswillen unserer Gegner brechen wird.

Großes Hauptquartier, 2. Febr. 1917. Wilhelm I. R.

Eine gemeinsame Note der Nordstaaten.

WTB. Kopenhagen, 15. Febr. (Nicht amtlich.) Meldung von Ritzaus Bureau. Die dänische, norwegische und schwedische Regierung sind übereingekommen, folgende Mitteilung zu veröffentlichen: Die dänische, schwedische und norwegische Regierung haben am Dienstag dem deutschen und ungarisch-österreichischen Gesandten Noten gleichen Wortlautes übermittelt, welche gegen die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn geplante Sperre gewisser Seegebiete Einspruch erheben. Die Note lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die einzigen völkerrechtlichen Vorschriften, welche als Sätze für die Maßregeln angerufen werden könnten, deren Zweck sei, allen Handel und Schiffahrt zum Feinde zu verhindern, die Vorschriften über die Blockade zur See seien. Die Regierungen erinnern an den allgemein anerkannten Grundsatz über die Seesperre, wonach ein neutrales Schiff nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich eines Versuches, die Sperre zu brechen, enthält und wonach es im Falle seiner Aufbringung entsprechend den allgemeinen Vorschriften vor ein Prisengericht gebracht werden muß. Die Note hebt die Tatsache hervor, daß die angekündigte Maßnahme um so mehr den Grundsätzen des Völkerrechts widerstreite, wenn sie, wie dies der Inhalt der Mitteilungen der kaiserlichen Regierungen anzudeuten scheint, ohne Unterschied auf alle Schiffe angewandt würde, die in die bezeichneten Zonen einfahren, also auch auf diejenigen, die nicht nach einem feindlichen Hafen bestimmt sind, sondern sich nur auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen befinden. Auf der Grundlage der obigen Erwägungen protestieren die Regierungen in aller Form gegen die vom deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen und machen alle Vorbehalte hinsichtlich etwaiger Verluste an Menschenleben und materieller Schäden.

Ueberreichung der chinesischen Note in Berlin.

Berlin, 15. Febr. (WTB. Nichtamtlich.) Der hiesige chinesische Beamte überreichte gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Abschrift einer Note, die seine Regierung dem kaiserlichen Gesandten in Peking am 9. Februar zugehen ließ, in der gegen die neuen Maßnahmen für den U-Boot-Krieg nachdrücklich Protest erhoben wird.

Die Meldung feindlicher Depeschendienste, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe, oder daß ein solcher Schritt unmittelbar zu erwarten sei, ist unzutreffend.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die neuen deutschen Kriegskredite.

Berlin, 15. Febr. Dem Reichstag wird nach seinem Zusammentritt eine neue Kriegskreditvorlage zugehen. Es ist nach Berliner Blättern anzunehmen, daß die Höhe der neuen Kriegskreditvorlage ungefähr 15 Milliarden Mark betragen wird. Die bisher vom Reichstag bewilligten Kredite betragen insgesamt 64 Milliarden Mark. Wenn also noch 15 Milliarden hinzukommen, dann werden es 79 Milliarden Mark Kriegskredite sein.

Englische Forderungen an Rußland.

Stockholm, 15. Febr. (WTB. Nicht amtlich.) Schwedische Blätter erfahren über die Petersburger Konferenz nach Angabe eines Teilnehmers an der Konferenz: Darnach steht die Lösung finanzieller Probleme für Rußland im Vordergrund. Daher ist es begreiflich, daß der russische Finanzminister die finanziellen Fragen, ebenso wie die militärischen, gleich endgültig geregelt sehen will.

Den englischen Delegierten schwebt der Gedanke vor, die Reise zu benützen, um auf den Zaren hinsichtlich der inneren russischen Lage einzuwirken. Die Delegierten haben außerdem den Auftrag, sich Gewißheit über die Verwendung von Munition und Artillerie in Rußland zu verschaffen und zu beurteilen, ob man sie nicht besser auf anderen Fronten verwende.

England verlangt erstens Kontrolle der Verwendung des Geldes durch englische Agenten, 2. Aenderung der inneren Politik Rußlands nach englischen Wünschen, 3. Besetzung der maßgebenden russischen Regierungsstellen durch Männer, die der englischen Regierung genehm sind.

Ein neuer Fühler Wilsons?

Berlin, 15. Febr. Wie aus Washingtoner Meldungen Pariser Blätter nach einem Berner Telegramm der „Voss. Zeitung" hervorgeht, hat sich der frühere Staatssekretär des Auswärtigen, Bryan, der sich an die Spitze einer pazifistischen Bewegung gestellt hat, vom Marineminister die besondere Erlaubnis für den Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" erbeten, ein drahtloses Telegramm aufzugeben. In diesem Telegramm an sein Blatt gibt der Korrespondent zu erkennen, daß hohe Autoritäten, deren Namen er nicht nennen dürfe, ihn gebeten haben, zur Kenntnis des deutschen Volkes zu bringen, daß die amerikanische Regierung und das Volk durchaus nicht nach dem Kriege streben. Präsident Wilson habe zwar nicht umhin können, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, aber der Ton seiner Note sei nicht drohend gewesen. Er habe nur sagen wollen, daß es jetzt an Deutschland sei, eine Lösung zu finden. Eine Stelle des Telegramms lautet wörtlich: „Meine Informatoren versichern emphatisch, daß das Land nicht für den Krieg ist, sondern für einen ehrenvollen Frieden."

Zum Aufstand auf Kuba.

WTB. **Washington,** 14. Febr. (Nicht amtlich.) Die „Times" meldet von hier, daß die Lage auf Kuba und in Mexiko in den Vereinigten Staaten große Beunruhigung hervorgerufen hat. Auf Kuba ist eine ernstliche Revolution unter Anführung von Gomez, dem früheren konservativen Präsidenten, der mit dem konservativen Kandidaten Zayas, dem Liberalen Monocal die Präsidentschaft streitig macht, ausgebrochen. Die amerikanische Regierung sympatisiert mit Monocal. Wenn die kubanische Regierung nicht imstande ist, die Ordnung herzustellen, wird Amerika intervenieren.

WTB. **Washington,** 14. Febr. (Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Staatssekretär Lansing warnt die Bevölkerung von Kuba in einer Note, in der er darauf hinweist, daß die amerikanische Regierung keine aus der Revolution hervorgegangene Regierung anerkennen könne. Diese Note bezieht sich auf die gemeldeten aufständischen Bewegungen auf Kuba.

Die guten Geschäfte Amerikas.

In der „Stampa" vom 27. v. M. finden sich folgende, gewiß nicht übertriebene Zahlen über die Geschäfte, die Amerika im letzten Jahre machte:

„Nach den Erklärungen des Finanzministers der Vereinigten Staaten hat Amerika im letzten Jahre für 25 Milliarden Frank ausgeführt, von denen etwa 20 Milliarden auf die Kriegslieferungen an die Entente entfallen. Auf die einzelnen Verbandsmächte verteilen sich die Ankäufe wie folgt: Italien führte vom 1. Januar bis 30. September 1916 von den Vereinigten Staaten für 1 734 341 000 Lire ein, hauptsächlich Mineralöl, Zucker, Getreide, Pferde und Rohstoffe für Industriezwecke, darunter 74 Millionen Steinkohlen. Im Hinblick auf die Riesensummen, die von England nach Amerika fließen, erscheinen diese Zahlen jedoch unbedeutend. Während nämlich England in Friedenszeiten für 3 bis 4 Milliarden aus Amerika bezog, führt es jetzt für 13 bis 14 Milliarden jährlich ein, so daß jeden Monat allein aus England 1100 Millionen Frank nach den Vereinigten Staaten fließen.

Was die Anleihe anbetrifft, so hat, wie aus Washington verlautet, Amerika bis Ende 1916 folgende Summen ausgeliehen:

an England	1 108 400 000	Dollar
„ Frankreich	656 200 000	„
„ Rußland	117 200 000	„
„ Kanada	120 000 000	„
„ die kanadischen Provinzen	185 000 000	„
„ Italien	25 000 000	„
„ Deutschland	20 000 000	„
insgesamt	2 231 800 000	Dollar

das sind 2 Milliarden 211 Millionen Dollar an die Verbandsmächte gegen bloß 20 Millionen an die Zentralmächte.

Der amerikanische Finanzminister fügte seiner Aufstellung hinzu, daß 10 Milliarden der Ententezahlungen in Gold geleistet wären und Amerika damit ein Viertel sämtlicher gemünzten Goldvorräte in der Welt besäße.

Aus der Partei.

Der ungehemmte U-Bootkrieg ist Notwehr.

In einer Polemik gegen die englische Presse zählt „Socialdemokraten" (Kopenhagen) vom 8. Februar die zahllosen Völkerrechtsbrüche und Gewalttätigkeiten auf, die sich England in diesem Krieg hat gegen die Neutralen zuschulden kommen lassen und fällt sein vergleichendes Urteil dahin:

„Der unbeschränkte U-Bootkrieg Deutschlands ist Notwehr gegenüber dem englischen Aushungerungskrieg.

Es ist furchtbar, daß der Krieg derartige Formen angenommen hat, daß neutrale Schiffe, die in eine bestimmte bisher freie Zone gelangen, ohne Warnung torpediert werden. **Es ist aber auch furchtbar, daß eine Kriegsmacht versucht, eine ganze Nation mit Frauen und Kindern auszuhungern. Der langsame Hungertod dieser Frauen und Kinder verursacht, falls die Absicht erreicht wird, vielleicht schrecklichere Qualen als der schnelle Tod in den Wellen, wie tragisch und empörend dieser auch sein mag."**

Die dänische Sozialdemokratie und ihr Zentralorgan verdienen für ihren unausgesetzten Kampf gegen die Entente-Heuchelei für Wahrheit und internationale Gerechtigkeit unsern heißesten Dank.

Braunschweiger Vertrauenskundgebung für Genossen Blos.

Anläßlich des 40jährigen Parlamentsjubiläums des Genossen Blos reichten in der Stadt Braunschweig über 230 Genossinnen und Genossen dem Vertreter des 1. braunschweigischen Wahlkreises durch Unterschrift ihren Glückwunsch ein. In Blankenburg unterzeichneten 60 Gewerkschaftler und Parteigenossen die Glückwunschadresse. — Dies ist eine treffende Antwort auf den rüden Beschluß der Spartakusmehrheit im Braunschweiger Ortsverein.

Spartakusorganisation und Gemeindevertreterwahl.

Die am Sonntag stattgefundene Gemeindewahl der 3. Abteilung in Britz bei Berlin endete mit dem Ergebnis, daß der Genosse Butenschön ohne Gegenkandidaten gewählt wurde. Die der Spartakusorganisation angehörenden Wähler hatten sich mit einem Plakat vor dem Wahllokal aufgepflanzt, auf dem folgendes zu lesen stand: „Nicht wählen, wir haben keinen Kandidaten!" Dieser freundlichen Aufforderung folgten zwei Wähler.

Kein Parteitag während des Krieges.

Unter der Ueberschrift „Ein sozialdemokratischer Parteitag?" schreibt das „Berl. Tageblatt" in seiner Montag-Abendnummer:

„Die sozialdemokratische Parteileitung plant, wie wir hören, die Einberufung eines Parteitages in allernächster Zeit. Sie hält die Auseinandersetzung mit der Arbeitsgemeinschaft für unvermeidlich und dringlich. Die erforderliche Zustimmung der Behörden zur Veranstaltung eines öffentlichen Parteitages gilt für wahrscheinlich. Die Spaltung der Sozialdemokratie in zwei Parteien würde damit endgültig werden."

Dazu schreibt der „Vorwärts" in seiner Nr. 43 vom 13. ds. Mts.: „Von einem solchen Plan ist beim sozialdemokratischen Parteivorstand, wie uns dieser auf Anfrage ausdrücklich bestätigt, nicht das mindeste bekannt. Eine Auseinandersetzung mit der Arbeitsgemeinschaft wäre auch deswegen gegenstandslos, weil diese ja, wie ihr Aufruf beweist, bereits zur Spaltung der Partei geschritten ist."

Jede Minute eine Viertelmillion Mark.

Ueber die Kosten des Krieges stellt in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" Fabian Landau eine Berechnung an, die erschütternd wirkt. Die seit Anfang des Krieges von den kriegführenden Staaten gemachten Schulden (durch Anleihe usw.) betragen, soweit sie bekanntgeworden sind, 295 407 Millionen Mark. Damit sind aber die gesamten Kosten des Krieges noch keineswegs erschöpft. Zu ihnen müßten noch die Rüstungsausgaben der Neutralen gerechnet werden, dazu die Kriegsausgaben der Gemeinden, die verlorenen und unberechenbaren Werte, die durch den Ausfall der Produktion, die Vernichtung von Schiffen und deren Ladungen, durch Verwüstung auf den Kriegsschauplätzen usw. entstanden sind. Landau gibt dann eine Aufrechnung über die Edelmetallgewinnung der Welt seit 1493, die insgesamt nur 116 110 Millionen betrage, eine ebensolche über den Wert der Eisenbahnen der Welt, der nur 2887 Milliarden betrage, und über den Wert der Gesamternte Europas in einem Jahre, der sich im Durchschnitt auf 31 665 Millionen Mark stelle. **Es seien somit die Ernten von zehn Jahren erforderlich, um den Betrag der Kriegsschulden zu decken.** Landau schließt seine Schilderung: Die enormen Summen, die der jetzige Krieg verschlingt, sind bis Anfang 1917: **im Tage 323 548 740 Mark, in der Stunde 13 481 197 Mark, in der Minute 224 687 Mark.** Jede Sekunde der weitern Dauer des Krieges kostete, abgesehen von allen anderen unschätzbaren Verlusten, mindestens 3745 Mark an baren Ausgaben. Das sind Zahlen, die wirklich keiner weiteren Erklärung bedürfen.

Japans Ziele.

Dem „Hamburger Korrespondenten" wird aus Stockholm gemeldet: Die einflußreiche politische Partei „Genyscha" erklärte durch ihren Vorsitzenden, daß Japan angesichts der Neuentwicklung der politischen Weltlage unmöglich so weiter interessiert bleiben könne wie bisher. Es müsse alles unternehmen, um aus der gegebenen politischen und militärischen Lage den größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Die Partei habe die dringende Pflicht, alle Bestrebungen des sehr zielbewußten Premierministers Terauchi zu unterstützen.

Die Partei verfolge ausschließlich den Plan eines Groß-Japans im Stillen Ozean. Der Präsident erklärte weiter, daß er Mitteilungen von unanfechtbarem Wert erhalten habe, wonach Japan nunmehr entschlossen sei, die gegenwärtig gegebenen politischen Möglichkeiten rücksichtslos bis zum äußersten auszunutzen, namentlich die Aufrollung der amerik

kanischen Frage. Die Partei sandte dem Premierminister eine Vertrauensadresse und sagte ihm vollste Unterstützung für eine energische Politik gegen Amerika zu.

Ausland.

Paris, 15. Febr. Laut „Temps" wurde der Finanzminister ermächtigt, vor der Ausgabe der zweiten Kriegsanleihe zeitweilig die eingestellte Ausgabe der zweijährigen Landesverteidigungs-Obligationen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig werden neue fünfprozentige Obligationen mit fünfjähriger Laufzeit ausgegeben, deren Zinsen halbjährlich vorauszahlbar sind und bei deren Einlösung nach fünf Jahren 2,50 Franken auf 100 Franken als Prämie gezahlt werden.

Ein Gesetz gegen den Schmuggel. Die holländische Kammer nahm eine Gesetzesvorlage zur strengeren Unterdrückung des Schmuggelhandels während des Krieges an.

Deutsches Reich.

Das preußische Wahlrecht in der Praxis.

Im 11. Berliner Wahlkreise hat für Liebknecht eine Ersatzwahl stattzufinden. Die Zahl der Wahlmänner beträgt 825. Infolge Todesfalles oder Wegzuges aus dem Uhrwahlbezirk sind für die Ersatzwahl 268 Wahlmänner neu zu wählen. Der Berliner Magistrat veröffentlicht soeben für die Auslegung der Abteilungslisten die notwendigen Grundlagen. Daraus ergibt sich, daß man in der Triftstraße 56 oder 59 21 479 Mark Steuern zahlen muß, um in der ersten Abteilung wählen zu können. Aber im Nachbarhause Triftstraße 57 kann man schon mit 156 Mark Steuern in der ersten Wählerabteilung wählen. In der Hennigsdorferstraße 14 sogar schon mit 96 Mark Steuern. In der Scheererstraße 12 muß man 16 528 Mark Steuern zahlen, um in der ersten Abteilung wählen zu können; in der Scheererstraße 2 aber berechtigt schon eine Steuerleistung von 114 Mark zur Ausübung des Wahlrechts in der ersten Abteilung. In der Brüsseler Straße 1 darf man mit 114 Mark Steuern in der zweiten Abteilung wählen, wenn man sich mit einem Namen schreibt, der im Alphabet wenigstens mit einem K. anfängt. Ein Lehmann also muß hier mit derselben Steuerleistung wie ein Hinz oder Kunz, die in der zweiten Abteilung wählen dürfen, in der dritten Abteilung wählen.

Trotz alledem scheuen sich die Konservativen nicht, ein solches Wahlrecht als „Ideal" zu bezeichnen und zu verteidigen.

Zurückhalten der Nahrungsmittel auf dem Lande.

Es ist bekannt, daß vielfach die ländliche Bevölkerung mit den Nahrungsmitteln zurückhält, statt sie auf dem vorgeschriebenen Wege dem allgemeinen Verbrauch zuzuführen. Einen Beitrag zu diesem Kapitel liefert eine Verfügung, die der Gemeindevorsteher in Neu-Trebin auf Veranlassung des Kreisausschusses bekannt gibt. Sie lautet:

„Der Gendarmeriewachtmeister zeigt an, daß die vorgenommenen Probemelkungen fast bei allen Landwirten doppelt so viel Milchertrag ergeben haben, als von den Landwirten angegeben wurde. Ich ersuche, den Landwirten bekannt zu machen, daß gegen die Schuldigen strafrechtlich vorgegangen werden muß, falls wieder derartige unrichtige Angaben gemacht werden sollten. Ferner würde die private Verbutterung und die Benutzung der Zentrifugen und Buttermaschinen im Dorfe verboten werden, wie dies zum Beispiel in Bieesntal bereits geschehen ist. Ich ersuche binnen vierzehn Tagen zu berichten, ob die Landwirte die Milch nunmehr williger abliefern."

12 000 Mark Geldstrafe.

Der Fleischermeister May Israel wurde von der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin 1 wegen Kriegswuchers beim Handel mit Schweinefleisch in vier Fällen zu 12 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur 6000 Mark Geldstrafe beantragt.

Baden.

Das Landespreisamt

hat sich seit seinem Bestehen auch der Bekämpfung des Kriegswuchers mit anerkennenswertem Erfolge gewidmet. Für diese Aufgabe hat es schon vor längerer Zeit zur Prüfung der Bücher und Lager der Gewerbetreibenden Kaufleute eingestellt. Auf 1. Dezember 1916 wurde dem Landespreisamt zur Behandlung der juristischen Fragen bei der Bekämpfung des Kriegswuchers ein Gerichtsassessor zugeteilt; eine weitere erfreuliche Ausgestaltung erhielt die Abteilung Kriegswucheramt nunmehr dadurch, daß ein Oberlandesgerichtsrat sich für die Leitung dieser Abteilung in dankenswerter Weise zur Verfügung stellte.

* **Die elfte ordentliche Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer** findet am Mittwoch, den 28. Februar, vormittags 9 Uhr, voraussichtlich im Sitzungssaale der Ersten Kammer der Landstände in Karlsruhe statt.

* **Von der Oberrhein-Schiffahrt.** Wie die „Basler Nachrichten" mitteilen, haben die Verhandlungen zwischen den baslerischen und den deutschen Behörden betreffs die Wiedereröffnung der Rheinschiffahrt Straßburg-Basel zu einen Einigung geführt; Differenzen seien keine mehr vorhanden, so daß mit der Eröffnung der Schiffahrt auf den Moment gerechnet werden dürfe, indem es der Wasserstand des Rheins erlaube.

bc. **Karlsruhe,** 15. Febr. Der Vorstand des badischen Kinematographenverbandes erhielt aus Berlin folgendes Telegramm: „Der preußische Minister des Innern wies sämtliche Regierungspräsidenten an, Kinoschließungen nicht mehr anzuordnen bezw. aufzuheben. Der Minister ist gegen die Schließung der Kinos und will sie nur zulassen bei wirklichem Kohlennotstand.

bc. **Ettlingen,** 15. Febr. Die Produktion der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen beschränkte sich im Jahre 1916 im wesentlichen auf die Lieferung für die militärischen Behörden. Von den 53 704 Spindeln des Unternehmens konnten daher durchschnittlich nur 17 457 an 104 vollen Arbeitstagen beschäftigt werden, von den 2047 Webstühlen nur 684 an 144 vollen Arbeitstagen. Die Zahl der beschäftigten Angestellten und Arbeiter sank auf durchschnittlich 878 gegen 1425 im Vorjahre. Am Schlusse des Berichtsjahres waren noch 617 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Der Reingewinn betrug 477 994 Mk., die Dividende soll 7 Prozent betragen.

oc. **Diedelsheim** bei Bretten, 15. Febr. Ein in der Scheune des Landwirts Christian Börner ausgebrochener Brand griff rasch um sich und zerstörte auch das anstoßende Haus des Landwirts Johann Hurst vollständig. Der Brand ist durch Unvorsichtigkeit beim Auftauen einer Wasserleitung entstanden. Der Schaden wird auf 18 000 geschätzt.

bc. **Baden-Baden,** 15. Febr. Am Mittwoch früh wurden die Eheleute Eibelshäuser in ihrer Wohnung bewußtlos aufgefunden. Sie hatten während der Nacht Gas eingeatmet, das aus einem schadhaften Rohre ausströmte. Sie wurden in das Krankenhaus gebracht, wo die Frau im Laufe des Tages wieder zu sich kam, während der Mann das Bewußtsein bis gestern abend noch nicht wieder erlangt hatte.

oc. **Baden-Baden,** 16. Febr. Die städtische Volksbücherei hat im abgelaufenen Jahre eine starke Benützung erfahren. Die Zahl der Besucher betrug 6195 gegenüber 5649 im Jahre zuvor; entliehen wurden 19 989 Bücher, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 7697 Bücher bedeutet. Die Bücherei wurde in der Hauptsache von Arbeitern und Arbeiterinnen benützt.

bc. **Pforzheim,** 15. Febr. Schreinermeister Gustav Wörtz hat sein Amt als Stadtrat niedergelegt. Er gehörte seit 16. Juni 1905 dem Bürgerausschusse, seit 2. November 1908 dem Stadtrat an. Politisch zählt sich Wörtz zur nationalliberalen Partei. Seit Kriegsbeginn steht er im Felde, seine Amtsniederlegung erfolgte wohl aus dem Grunde, weil er sich mit Arbeit überhäuft fühlte. Wörtz ist auch Mitglied der Handwerkskammer. Als Ersatzmann tritt für ihn Fabrikdirektor Ernst Seitz in den Stadtrat ein.

oc. **Neuhausen** bei Villingen, 15. Febr. Durch Feuer ist das Anwesen des Jägers Reinhard Müllhäuser zerstört worden. Das Feuer ist durch glühende Kohlenstückchen entstanden, die aus dem Zimmerofen fielen.

oc. **Lörrach,** 15. Febr. Nach einer Meldung der Basler Nachrichten sind die Verhandlungen zwischen den schweizerischen und deutschen Behörden über die Eröffnung der Rheinschiffahrt Straßburg—Basel nun soweit gediehen, daß mit Eintritt des besseren Wasserstandes die Rheinschiffahrt eröffnet werden dürfte. Mit den von den Basler Behörden vorgeschlagenen Absperrungsmaßnahmen des Basler Rheinhafengebietes haben sich die deutschen Militärbehörden einverstanden erklärt.

oc. **Singen** a. H., 16. Febr. Auch der Stadt Singen hat der Großherzog aus den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln eine größere Summe, und zwar den Betrag von 10 000 Mk., überweisen lassen für die Urlauberheime, in denen die vor dem Krieg in der Schweiz wohnenden und jetzt ihrer Heerespflicht genügenden deutschen Soldaten Unterkunft mit ihren Familien während des Urlaubs finden können.

bc. **Höllwangen** bei Ueberlingen, 15. Febr. Graf Berthold-Bernstorf-Wehningen ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Der Verstorbene hatte die Laufbahn der höheren Forstbeamten ergriffen und bewirtschaftete dann seit 1867 die väterlichen Forsten. Von 1893 bis 1906 war er Mitglied des Reichstages für Uelzen-Lüchow. Er gehörte zur Partei der Welfen.

bc. **Mannheim,** 15. Febr. Ein Bahnarbeiter aus Oberschüpf ist beim Transport von Milchkannen auf dem Bahnhofe gestürzt und hat innere Verletzungen dabei erlitten. Am Dienstag ist er diesen erlegen.

oc. **Mannheim,** 16. Febr. Der Ludwigshafener Polizei kam es auffällig vor, daß ein Sarglieferant Särge nach Mannheim ablieferte in so rascher Aufeinanderfolge, wie dies früher bei dem Sarglieferanten nicht der Fall gewesen war. Ihre Vermutung bestätigte sich. Der schlaue Geschäftsmann schmuggelte in den Särgen Kartoffeln über den Rhein, was ja durch Ausfuhrverbot untersagt ist.

bc. **Mannheim,** 15. Febr. Die Landwirtschaftskammer beabsichtigt, bei der Firma Lanz in der Zeit vom 26. Februar bis 3. März 1917 einen Lehrkurs für Dreschmaschinenführer abzuhalten. Der Kurs ist unentgeltlich.

oc. **Weinheim,** 16. Febr. Die Bürgermeister der kleinen Gemeinden haben in dieser Kriegszeit keine leichten Aufgaben zu erfüllen. Die zahlreichen Verordnungen und behördlichen Verfügungen verlangen, daß sie ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst ihrer Gemeinde stellen. Die in der letzten Zeit mehrfach erfolgten Amtsniederlegungen lassen erkennen, daß die Landbürgermeister vielfach überlastet sind und bei dem geringen Dank, den ihre schwere Amtsführung findet, manchmal etwas mutlos werden. Der Bürgermeister Lamberth in Viernheim veröffentlicht nun in den Amtsblättern von Heddesheim und Viernheim eine Bekanntmachung, in welcher scharfe Ausführungen gegen diejenigen enthalten sind, die durch Unverstand, Bosheit Rücksichtslosigkeit und Undank das an und für sich in jetziger Zeit so überaus schwere Amt eines Landbürgermeisters noch mehr verleiden.

oc. **Eberbach,** 15. Febr. Der 50jährige verheiratete Fabrikarbeiter Karl Sauer stürzte vom Heuboden auf die Scheuertenne und starb an den erlittenen Verletzungen.

Gerichtszeitung.

* **Gegen die Kleingeldhamster** wurde in der letzten Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichts Straßburg mit kräftigen Strafen eingeschritten. Bei einzelnen der Angeklagten hatte man Kleingeld nicht nur bis zu mehreren hundert, sondern bis zu mehreren tausend Mark aufgefunden. Zum abschreckenden Beispiel sprach das Gericht Gefängnisstrafen bis zu 14 Tagen aus. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß das Sammeln von Kleingeld besonders auf dem Lande betrieben wird. Bei der einen Angeklagten fand man z. B. mehrere hundert Mark nur in Scheidemünzen im Keller vergraben vor; andere hatten ihren Nickel- und Kupferschatz in Strümpfen an allen möglichen Stellen versteckt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 16. Februar.

Die Dienstmädchen.

Zum „Vaterländischen Hilfsdienst" veröffentlicht Oekonomierat Würtenberger zu Schloß Eberstein in der „Bad. Landeszeitung" einen beachtenswerten Artikel über die Dienstmädchenfrage in der Stadt. Er geht von dem Hinweis der schweren Pflichten aus, die im Kriege die Landfrauen in der Feld- und Hausarbeit zu verrichten haben, denen gegenüber die Tatsache, daß jetzt, wo in der Landwirtschaft jeder Arm benötigt wird, so viele Mädchen vom Lande in der Stadt bei Herrschaften dienen, recht unangenehm ins Auge fällt. Er meint mit Recht:

„Ist es da ein Wunder, wenn die Landwirtsfrauen etwas mißmutig hinübersehen zu ihren Schwestern in der Stadt. Und wenn sie sich überzeugt haben, daß, in kleinen wie in großen Städten, in kleinen wie in großen Haushaltungen, noch die gleichen Hilfskräfte zur Verfügung stehen, da bäumt sichs auf in ihnen und sie kommen leicht dazu, verdrossen zu werden.

Es steht ganz außer Zweifel, daß, wenn die Hausfrauen und Haustöchter der Städte etwas mehr und etwa schwerere Arbeit auf sich nehmen wollten, eine große Zahl von geübten Arbeitskräften, auf die man auf dem Lande schon lange spannt, frei werden würden.

Wo jetzt zwei und drei Dienstmädchen gehalten werden, würde es — bei gutem Willen — auch mit einem gehen. Und manche Familie könnte, bei einigermaßen Ausnützung ihrer eigenen Arbeitskräfte, ganz auf Mägdehilfe verzichten. Auf diesem Gebiete könnten **die Stadtfrauen den Willen zum Durchhalten, den Willen zum vaterländischen Hilfsdienst am besten betätigen.**

Nur wenige Stadtfrauen haben bis jetzt — mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Trieb — auf die im Frieden gewohnte Dienstmagd verzichtet. Teppichklopfen und Bodenwichsen werden noch genau so übertrieben wie ehedem. Ja — ich kenne ganz kleine Haushaltungen, die der Dienstmagd sogar eine Stütze halten, damit sie ja keine Kohlen schleppen und keine Gasse fegen muß.

Wnn die vielen tausend Dienstmädchen, die die Stadt — im Laufe der Jahre — vom Lande aufgesaugt hat, **frei würden, wäre eine namhafte Arbeitsunterstützung für unsere Landwirtschaft gewährleistet!"**

Zum Schluß sagt er:

„Ich hoffe nicht, daß eine deutsche Frau mir übelnehmen wird, daß ich im städtischen Haushalt nach überschüssigen Kräften suche. Jede vernünftige Frau muß einsehen, daß für die Erhaltung unseres deutschen Landes, alles menschenmögliche, auch an ungewohnter Arbeit, geleistet werden muß. Verwirklichen läßt sich meine Anregung und durch die Verwirklichung derselben würde ein viel festerer Frauenbund zwischen Stadt und Land zu schließen sein, als durch den neuerdings theoretisch angestrebten, bei dem sich die Stadtfrauen in der Rolle der Beraterinnen der Landfrauen gefallen."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem egoistischen Wohlleben der reichen Leute in der Stadt unendlich viel Schuld in jetzigen Schwierigkeiten, mit denen die Massen der städtischen Bevölkerung zu kämpfen hat, zugemessen werden muß. Nicht nur, daß sie jeden Preis zur Befriedigung ihres Gaumens bezahlen können und dadurch für die andern, weniger mit Glücksgütern Gesegneten, die Preise der Lebens- und Genußmittel in die Höhe treiben, wollen sie auch in jetziger schwerer Zeit, wo alles arbeitet, ihre gewohnte Bequemlichkeit nicht missen, sich „bedienen" lassen und sich für alle unangenehmen Hausarbeiten nach wie vor ihre „Mädchen" — möglichst vom Lande natürlich, wegen den „Paketen" — halten, die ihnen, wie man im Volksmunde sagt, „den Dreck hinausputzen" sollen. Auch andere Angehörige der freien Stände leisten sich noch vielfach 2—3 Dienstmädchen. Wenn die einfachen Landbewohner dann in die Stadt kommen und die aufgetakelte, ständig nichtstuende sog. „Damenwelt" betrachtet, so kann man es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie sagen: Für die werden wir uns nicht umsonst abschinden. Die andern müssen darunter leiden. Es ist eben insgemein das „Stadtvolk", das so lebt und wenn es tausendmal nicht wahr ist.

* **Die Zunahme der Tage** macht sich schon bedeutend und angesichts der Knappheit der Leuchtmittel sehr angenehm bemerkbar. Während am Neujahrstag die Tageslänge nur 8 Stunden 22 Minuten betrug, haben wir jetzt schon wieder 10 Stunden Tageslicht. Ende Februar, am 28., ist der Sonnenaufgang schon um 7 Uhr 2 Minuten, der Untergang um 5 Uhr 30 Minuten, so daß an diesem Tage die Tageslänge 10 Stunden 51 Minuten beträgt.

* **Verlängerung der Vorschriften über die Einschränkung der Polizeistunde, Schließung der Theaters und Kinos?** Wie die Oberrh. Corresp. aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird das Ministerium des Innern eine Verlängerung seiner Verordnung über die Schließung der Theater, Lichtspielhäuser usw. und über die Einschränkung der Polizeistunde verfügen. Die anhaltende kalte Witterung und die immer noch herrschende Kohlennot zwingen zu dieser Maßnahme. Die neue Verordnung wird einige Aenderungen enthalten, die teils eine Verschärfung der Vorschriften, teils eine Erleichterung bedeuten. Den Theatern und Kinos will man soweit irgend möglich etwas entgegenkommen. Die neue Verordnung ist am Freitag oder Samstag zu erwarten.

* **Zur Wiedereinführung der Sommerzeit** wird aus Berlin in Ergänzung der ersten Meldung berichtet, daß die Erwägungen über die Sommerzeit nunmehr so weit gediehen sind, daß bestimmte Termine in Aussicht genommen wurden. Während im vorigen Jahr die Sommerzeit vom 1. Mai bis 30. September dauerte, soll sie in diesem Jahr schon am 15. April beginnen und bis zum 15. September durchgeführt werden.

Na. **Das neue Offiziersgefangenenlager,** das auf dem alten Meßplatze errichtet wurde, ist in diesen Tagen bezogen worden. Das Lager befindet sich auf demselben Platze, auf dem durch den schmachvollen Fliegerangriff am Fronleichnamstage 1916 so viele unschuldige Kinder getötet wurden. (3.)

* **Unfall mit Todesfolge.** Am Mittwoch vormittag kam der 17 Jahre alte Taglöhner Josef Riehm aus Mörsch am Rheinhafen hier zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er im städtischen Krankenhaus hier, wohin er verbracht worden war, gestern starb.

Na. **Die Fleischversorgung.** Durch verschiedene Zeitungen ging dieser Tage die Meldung, daß in einzelnen mittel- und norddeutschen Städten die täglichen Fleischmengen auf 350 Gramm für den Kopf der Bevölkerung erhöht werden. Diese Meldungen haben nun zu der naheliegenden Folgerung geführt, daß auch bei uns in Karlsruhe mit einer solchen Erhöhung der Fleischrationen zu rechnen sei. Leider ist dies aber nicht der Fall. Die Fleischverhältnisse haben sich bei uns sogar so ungünstig gestaltet, daß eine **Herabsetzung der Fleischrationen** zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist. Statt 250 Gramm gibt es für die nächsten Wochen nur noch 225 Gramm Fleisch pro Kopf. So bedauerlich an sich auch diese Maßnahme ist, besonders im Vergleich mit den Städten, in denen die Fleischrationen erhöht werden, so ist doch zu hoffen, daß diese Herabsetzung bald wieder ausgeglichen werden kann. Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß auch die Erhöhung der Fleischrationen in andern Städten auch nur vorübergehender Natur und auf verschärfte Lebensbedingungen zurückzuführen ist, die sich bei uns in solchem Maße erfreulicherweise noch nicht geltend gemacht haben. Der Grund liegt vor allem darin, daß der Stadt nicht die ihr zustehende Menge Vieh von den dazu verpflichteten Kommunalverbänden geliefert und daß das gelieferte Vieh sehr wenig Fleischgewicht ergibt.

Eine Hauptschuld aber für die Herabsetzung der Fleischmengen ist — und das muß endlich einmal mit aller Deutlichkeit gesagt

werden — auf die sträfliche **Doppelversorgung** zurückzuführen. Diese Doppelversorgung besteht hier in Karlsruhe trotz aller Appelle an den Gemeinsinn noch in solchem Umfange, daß die Zahl der bei den Metzgern und Wurstlern eingeschriebenen Kunden die Zahl der Einwohnerschaft, die durch die letzte Volkszählung festgestellt wurde, weit übertrifft. Da aber bei der Zuweisung von Schlachtvieh an den Kommunalverband die Zahl der bei der Volkszählung festgestellten Fleischverbraucher maßgebend ist und nicht die Zahl der eingeschriebenen Kunden, ist es selbstverständlich, daß zwischen der Lieferung von Schlachtvieh und der Abgabe von Fleisch und Wurst ein Mißverhältnis entsteht, das auf die Dauer unhaltbar ist. Eine der wichtigsten Aufgaben zur Verbesserung der Fleischversorgung ist also die völlige Beseitigung dieser Doppelversorgung. Dadurch, daß die Allgemeinheit durch das sträfliche Vorgehen dieser unberechtigten Fleischbezieher geschädigt wird, ist es Pflichtsache aller, mit allen Mitteln diesem Unfug entgegenzuarbeiten. Alle Fälle von Uebertretungen sollen in Zukunft unnachsichtlich gerichtlich verfolgt werden. Nach der völligen Beseitigung der Doppelversorgung — die Fälle, daß für Eingezogene immer noch weiter die Fleischmarken benützt werden, sollen besonders zahlreich sein — kann eine Besserung der Fleischversorgung, bezw. die Heraufsetzung der Fleisch- und Wurst-Rationen, als bestimmt erwartet werden.

* **Für den vaterländischen Hilfsdienst** werden Mannschaften verschiedener Berufe gesucht. Siehe Bekanntmachungen im Anzeigenteil.

Na. **Neue Straßenbahnstrecke.** Seit einigen Tagen wird die vom Bahnamt während der Kriegszeit begonnene und nunmehr fertiggestellte Straßenbahnstrecke in der Garten- und Mathystraße zwischen Schillerstraße und Konzerthaus durch das Fahrpersonal befahren. Die Führer und Schaffner sollen streckenkundig gemacht werden und die Haltestellen, Fahrzeiten und dergleichen kennen lernen. Für Personenbeförderung werden die Wagen noch nicht zugelassen, solches geschieht erst nach erhaltener Genehmigung der Inbetriebnahme der neuen Strecke durch die Aufsichtsbehörden; die Erlaubnis hierzu dürfte aber im Laufe dieses Monats erfolgen, so daß mit der Eröffnung der neuen Strecke vom 1. März ds. Js ab gerechnet werden kann.

Na. **Geldspenden zum Ankauf von Kohlen für Bedürftige.** Herr Fabrikant Wilhelm Rieger hat 4000 ℳ mit der Bestimmung gespendet, daß dafür an hiesige bedürftige Einwohner Kohlen verteilt werden.

Letzte Nachrichten.

Folgen des verschärften U-Bootkrieges.

WTB. **Berlin,** 16. Febr. Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Genf: Nach einem Telegramm des Echo de Paris aus Madrid sollen in Barcelona 250 000 Kilogramm Orangen, 800 000 Fässer Wein und 400 000 Fässer Oel vorläufig ohne jede Möglichkeit, verladen zu werden, liegen. Die vorhandenen Reismengen sollen nach Kuba und Argentinien abgehen.

Ausweisung eines deutschen Korrespondenten.

WTB. **Bern,** 16. Febr. Die Agentur Radio meldet aus Washington: Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" in Washington, ist ausgewiesen worden, weil er die amtliche Funkenstation dazu benutzt hat, Pläne einer fremden Regierung zu unterstützen, zu der die Regierung der Vereinigten Staaten die Beziehungen abgebrochen hat. Wilson hat eine Untersuchung angeordnet, weil die Marineverwaltung von verschiedenen Blättern deswegen angegriffen worden ist.

Eine Konferenz katholischer Parlamentarier.

WTB. **Zürich,** 16. Febr. (Schweiz. Dep.-Ag.) Hier fand am 12. und 13. Februar eine Konferenz von Vertretern der katholischen Parteien Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz statt zwecks einleitender Maßnahmen für die Wiederannäherung der politischen, kulturellen und sozialen katholischen Leitungen und der Verständigung der katholischen Parteien nach dem Kriege. An den Papst wurde eine Kundgebung gerichtet. Die Konferenz beschloß, die führenden Katholiken der nicht vertretenen Nationen zum Beitritt zu einer internationalen katholischen Union einzuladen.

Bissolati auf Reisen.

WTB. **Berlin,** 16. Febr. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Lugano: Minister Bissolati reist zum Besuch an die Westfront, sowie nach Paris und London. Der Zweck der Reise soll eine engere Fühlungnahme Italiens mit den Verbündeten am Vorabend des Entscheidungskampfes sein.

Ein rumänischer General verurteilt.

WTB. **Berlin,** 16. Febr. Der Berliner „Lokalanzeiger" meldet aus Basel: Wie die „Neue Züricher Zeitung" aus Jassy meldet, errege die bereits gemeldete Verurteilung des Generals Socecu zu 5 Jahren Kerker im ganzen Lande ungeheures Aufsehen. Dem General wurde zur Last gelegt, daß er, während er in der Arges-Niederung eine Division befehligte, nicht dem Befehle gemäß gegen die heranrückenden Deutschen vorgerückt sei, sondern sich gegen die Hauptstadt zurückgezogen habe, wodurch er die kurz vorher errungenen Vorteile des linken rumänischen Flügels gegen die Heeresgruppe Mackensen zunichte gemacht habe.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: **Wilhelm Kolb;** für den übrigen Inhalt: **Hermann Kabel;** für die Inserate: **Gustav Krüger,** alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Pferdefleisch.

Morgen **Samstag,** 17. Februar, geschieht der Verkauf in nachverzeichneter Reihenfolge: 598

Von **8—10 Uhr** Nr. **200—400**
„ **10—12** „ „ **401—600**

Pferdeschlächterei Theodor Gramlich
Durlacherstr. 59, Tel. 3319.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Zur Arbeitsvermittlung für den vaterländischen Hilfsdienst sind in nachstehenden Städten des Korpsbereichs Hilfsdienstmeldestellen errichtet und zwar:

1. in Altern beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
2. in Adelsheim beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
3. in Baden-Baden beim Städtischen Arbeitsamt
4. in Bonndorf beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
5. in Boxberg „ „ „ „
6. in Breisach „ „ „ „
7. in Bretten „ „ „ „
8. in Bruchsal beim Städtischen Arbeitsamt
9. in Buchen beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
10. in Bühl beim „ „ „
11. in Donaueschingen beim „ „ „
12. in Durlach beim Städtischen Arbeitsamt
13. in Eberbach „ „ „
14. in Emmendingen beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte.
15. in Engen beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
16. in Eppingen beim „ „ „
17. in Ettenheim „ „ „ „
18. in Ettlingen „ „ „ „
19. in Freiburg beim Städtischen Arbeitsamt
20. in Heidelberg „ „ „
21. in Karlsruhe „ „ „
22. in Kehl beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
23. in Konstanz beim Städtischen Arbeitsamt.
24. in Lahr „ „ „
25. in Lörrach „ „ „
26. in Mannheim „ „ „
27. in Meßkirch „ Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
28. in Mosbach „ „ „ „
29. in Wertheim „ Städtischen Arbeitsamt „ „
30. in Neustadt beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
31. in Oberkirch beim „ „ „
32. in Offenburg beim Städtischen Arbeitsamt
33. in Pforzheim „ „ „
34. in Pfullendorf beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
35. in Rastatt beim Städtischen Arbeitsamt
36. in Säckingen beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
37. in St. Blasien beim „ „ „
38. in Schönau „ „ „ „
39. in Schopfheim beim Städtischen Arbeitsamt
40. in Schwetzingen beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
41. in Singen beim Städtischen Arbeitsamt
42. in Sinsheim beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
43. in Staufen „ „ „ „
44. in Stockach „ „ „ „
45. in Tauberbischofsheim beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
46. in Triberg beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
47. in Ueberlingen beim „ „ „
48. in Villingen beim Städtischen Arbeitsamt
49. in Waldkirch beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
50. in Waldshut beim Städtischen Arbeitsamt
51. in Weinheim „ „ „
52. in Wertheim beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
53. in Wiesloch beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
54. in Wolfach beim Bezirksarbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte
55. in Gehweiler beim Städtischen Arbeitsnachweis
56. in Mülhausen „ „ „
57. in Gammertingen beim Kgl. Oberamt
58. in Hechingen beim Kgl. Oberamt
59. in Sigmaringen beim Königl Oberamt.

Die Hilfsdienstmeldestellen treten am 15. ds. Mts. in Tätigkeit. Jeder Hilfsdienstmeldestelle ist eine weibliche Abteilung und eine Berufsberatung angeschlossen. 596

Karlsruhe, den 14. Februar 1917.

Kriegsamtsstelle Karlsruhe.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das Generalkommando bekannt:
Es werden gebraucht:

1. **Für militärische Zwecke:**
   a) **Nach Mülhausen i. Els.**
      15 Schreiber. Es kommen nur durchaus zuverlässige, gewandte und unbestrafte Leute in Frage, die über eine gute geistige Bildung verfügen.
   b) **Nach Modenheim i. Els.**
      1 gewandter, zuverlässiger Schreiber.
   c) **Nach Straßburg i. Els.**
      1 juristisch gebildeter Hilfsarbeiter (älterer Rechtspraktikant, Gerichtsassessor oder jüngerer Anwalt).
2. **Für die Binnenschiffahrt:**
   A. **Schiffsmannschaften.**
      I. **Deckmannschaften.**
         a) Kapitäne und Schiffer,
         b) Steuerleute,
         c) Matrosen
         d) Schiffsjungen,
         e) andere (Köche, Aufwartepersonal u. dgl.);
      II. **Maschinenpersonal.**
         a) Maschinisten,
         b) Heizer,
         c) Motorbootführer.
   B. **Arbeitskräfte an Land.**
      I. **Arbeiter.**
         a) **technisch** vorgebildet (Kranführer, Landmaschinisten, Schiebebühnenführer, gelernte Zimmerleute u. dgl.),
         b) sonstige (Stauer, Umschlags-, Lagerhaus-, Kniechuppenarbeiter u. dgl.);
      II. **Verwaltungspersonal.**
      Mittlerer und höherer Stellung:
         a) **technisch** vorgebildet (Ingenieure usw., Seekapitäne),
         b) **kaufmännisch** vorgebildet (Expedienten, Buchhalter u. dgl.).
      Unterbeamte:
         c) Schreibkräfte,
         d) Verwalter, Aufseher, Zähler, Vorarbeiter, Lagerhausbeamte, Wachleute u. dgl.
   C. **Kanal-, Schleusen-, Brücken- und Führerpersonal, Treibeleute.**
   D. **Verschiedenes (Fischer, Flößer, Bergungsfachleute u. a.).**

Diese Aufforderung zur Meldung für die Binnenschiffahrt bezieht sich nicht auf die **bereits** in der Binnenschiffahrt oder sonst im Hilfsdienst **tätigen** Personen.

Meldungen zu Ziffer 1 nehmen von heute ab bis 25. 2. 17 und zu Ziffer 2 bis auf weiteres die zuständigen Bezirkskommandos entgegen. 597

Karlsruhe, den 13. Februar 1917.

Kriegsamtsstelle Karlsruhe.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hilfsdienstpflichtige werden zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet des Westens für folgende Beschäftigungsarten gesucht:

Schreibdienst	164
Burschen- und Ordonnanzdienst (möglichst viel pferdekundige Leute)	230
Arbeiter für landwirtschaftliche Betriebe	259
Technischer Dienst (Zeichner, Hoch- und Tiefbautechniker)	36
Bäcker	9
Schlächter	18
Krankendienst	90
Gerichtsdienst (Schreiber, Aktuare mit etwas französischen Sprachkenntnissen	8
Post- und Telegraphendienst (Schalterbeamte) (frühere Zeugnisse sind vorzulegen)	32
Sonstiger Dienst (Schneider, Schuhmacher, Köche, Markeiender und dergleichen)	319

Hilfsdienstpflichtige mit französischen und vlämischen Sprachkenntnissen werden besonders berücksichtigt.

Personen, die seither in Betrieben der Kriegswirtschaft, der Landwirtschaft und Volksernährung beschäftigt waren, werden **grundsätzlich nicht** angeworben.

Bis zur endgültigen Ueberweisung an die Bedarfsstellen des besetzten Gebietes wird ein „vorläufiger" Dienstvertrag abgeschlossen.

Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten:
Freie Verpflegung oder Geldentschädigung für Selbstverpflegung,
freie Unterkunft,
freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und zurück,
freie Benutzung der Feldpost,
freie ärztliche und Lazarettbehandlung.

Die Höhe des Lohnes oder Gehaltes kann erst bei Abschluß des endgültigen Dienstvertrages festgesetzt werden und richtet sich nach Art und Dauer der Arbeit sowie nach der Leistung. Eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert.

Im Falle des Bedürfnisses werden außerdem Zulagen gewährt für in der Heimat zu versorgende Familienangehörige.

Die Versorgung Hilfsdienstpflichtiger, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden, und ihrer Hinterbliebenen wird noch besonders geregelt.

Meldungen nehmen die zuständigen Bezirkskommandos bis einschließlich 23. Februar 1917 entgegen.

Es sind beizubringen:
Polizeilicher Ausweis, aus dem auch die Staatsangehörigkeit zu ersehen ist,
etwaige Militärpapiere,
ein Ausweis, aus dem die seitherige Beschäftigung klar zu ersehen ist, erforderlichenfalls eine Bescheinigung gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Abkehrschein).

Antritt der Beschäftigung 1. März 1917. An diesem Tag wird die gemeinschaftliche Ausreise von Karlsruhe ab erfolgen. 595

Karlsruhe, den 13. Februar 1917.

Kriegsamtsstelle Karlsruhe.

Anordnung.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 13. April 1916 und der Verordnung Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 20. April 1916, den Verkehr mit Knochen usw. betr., wird hiermit für die Stadt Karlsruhe angeordnet:

1. Knochen, die in Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten abfallen, dürfen nicht verbrannt, vergraben oder auf andere Weise vernichtet, noch unverarbeitet zu Düngezwecken verwendet werden, sondern sind so rasch als möglich an den Metzger zurückzuliefern, von dem die Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten Fleisch beziehen.
2. Die Metzger haben für das Kilogramm zurückgelieferter Knochen 8 Pfg. zu zahlen und die gesammelten Knochen im Schlachthof abzuliefern, wo sie zur Fettgewinnung weiter verarbeitet werden. 592

Karlsruhe, den 14. Februar 1917.

Der Stadtrat.

Fettgewinnung aus Knochen.

Mit Bezug auf die Anordnung des Stadtrats **vom Heutigen** ersuchen wir die Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten, die abfallenden Knochen jeweils so frühzeitig an die **Metzger zurückzuliefern,** daß die Knochen zur Fettgewinnung noch verwertbar sind. Falls dies geschieht, bevor die Knochen von Fäulnis befallen sind, können sie noch zur Fettgewinnung verwertet und so die **Fettversorgung** der Bevölkerung dadurch verbessert werden. **Die wachsende** Knappheit an Fett macht es jedermann zur **Pflicht,** die **Einrichtungen** zu unterstützen, die zur Steuerung einer **Fettnot getroffen** werden.

Insbesondere ersuchen wir auch die **Metzger,** für möglichst rasche Ablieferung der gesammelten Knochen im **Schlachthof** besorgt zu sein.

Karlsruhe, den 14. Februar 1917.

Städt. Kriegsspeisungsamt.

Fleischversorgung betr.

1. Die Kopfmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst beträgt für die kommende Woche zusammen **225 Gramm.**

2. Die Haushaltungen, die in der Kundenliste der **Wurstler** eingetragen sind, dürfen bei diesen in der Woche auf den Kopf **50 Gramm Frischwurst oder Schinken, Dauerwurst, Zunge und Speck** (für Kinder unter sechs Jahren 25 Gramm) beziehen, erhalten aber bei dem **Metzger,** bei dem sie für den Bezug von Fleisch eingetragen sind, nur **175 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen** (für Kinder unter sechs Jahren 85 Gramm).

3. **Es ist an den Lieferanten abzugeben:**
   für je **45 Gramm** Frischwurst **1 Fleischmarke,**
   für je **45 Gramm** Schlachtviehfleisch **mit** eingewachsenen Knochen **2 Fleischmarken,**
   für je **18 Gramm** Schlachtviehfleisch **ohne** Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge und Speck **1 Fleischmarke.**

Karlsruhe, den 15. Februar 1917. 599

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Bekanntmachung.

Wir machen wiederholt bekannt, daß **nur die Kartenstelle Festhalle für den Verkehr mit der Einwohnerschaft** bestimmt ist; dort werden **alle Auskünfte** erteilt, welche die Versorgung mit Lebensmitteln betreffen; dort sind auch **alle Anträge** zu stellen.

Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung sind wir gezwungen, den Verkehr des Publikums bei dem Nahrungsmittelamt, Kriegsstraße Nr. 116, soweit wie möglich zu beschränken, weil uns sonst die rechtzeitige Erledigung dringender Aufgaben nicht möglich ist.

Soweit **Anträge** bei uns zu stellen oder Fragen zu prüfen sind, welche bei der Kartenstelle Festhalle **nicht erledigt** werden können, bitten wir diese **nur schriftlich** anzubringen; dadurch wird die rascheste Erledigung derselben gewährleistet.

Die Sprechzeit für dringliche mündliche Anträge in unseren Geschäftsräumen Kriegsstraße 116, setzen wir auf

nachmittags 3—5 Uhr

fest. **Außerhalb dieser Zeit sind unsere Geschäftsräume Kriegsstr. 116 für den Verkehr der Einwohnerschaft geschlossen.** 542

Karlsruhe, den 8. Februar 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Teigwaren.

Von Samstag, den 17., bis einschließlich Mittwoch, den 21. Februar 1917, werden in den bekannten Geschäften

Teigwaren

gegen Lebensmittelmarke A abgegeben.

Kopfmenge 125 Gramm.

Alle mit dem Vermerk „Militär", „Krankenzusatz" und „Besuch" versehenen Lebensmittelmarken werden nur in unseren Verkaufsstellen Douglasstraße Nr. 24 und Kriegstraße Nr. 80, sowie in der Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße 25, eingelöst.

Spätestens am Freitag, den 23. Februar, haben die Geschäftsinhaber der **Kartenstelle Festhalle** die eingelösten Marken zu je 100 gebündelt abzuliefern und hierbei **Abrechnung** über die Ware auf vorgeschriebenem Formular, welches bei der **Kartenstelle Festhalle** zu bekommen ist, zu erteilen.

Die nach der Abrechnung sich ergebenden Restbestände an Teigwaren bleiben in den Geschäften zu unserer Verfügung und dürfen ohne unsere Anweisung nicht mehr verkauft werden.

Die Geschäftsinhaber werden aufgefordert, die Abrechnung und Markenablieferung pünktlich zu erledigen und direkt bei der **Kartenstelle Festhalle**, nicht bei Polizeistationen, einzureichen.

Geschäfte, welche nicht rechtzeitig abrechnen, oder welche die Restbestände ohne unsere Anweisung verkaufen, werden als Verkaufsstelle gestrichen werden.

Karlsruhe, den 15. Februar 1917. 591

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Fett-Verteilung.

Die Fettverteilung für die **laufende und nächste Woche** findet in der Zeit von **Montag, den 19., bis einschließlich Freitag, den 23. Februar 1917,** in den bekannten Geschäften auf die 8 Marken der 1. und 2. Woche der Fettkarte vom 12. Februar bis 11. März statt, und zwar werden für beide Wochen zusammen

150 Gramm Fett

abgegeben.

Die Sammelmarken für **Anstalten** für die Wochen vom 12. bis 25. Februar 1917 sind mit 1½ Pfund Fett für je fünf Personen einzulösen. Die **Wirtschaften** müssen das zu diesem Zweck besonders vorgesehene Fett abnehmen, welches in der Geschäftsstelle des Wirtevereins, Steinstraße 21, verabfolgt wird.

Die Verkaufsgeschäfte dürfen auf die Sammelmarken der Wirtschaften Butter oder Fett nicht abgeben.

Alle mit dem Vermerk „Militär", „Krankenzusatz" und „Besuch" versehenen Fettmarken werden nur bei unsern Verkaufsstellen Douglasstraße Nr. 24 und Kriegstraße Nr. 80, sowie bei der Molkerei zur Butterblume von Karl Dietsche, Amalienstr. 29, und bei der Filiale der Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße 25, eingelöst.

Die Verkaufsgeschäfte haben spätestens am 26. Februar 1917 die eingelieferten Marken zu je 100 gebündelt in der **Kartenstelle Festhalle** abzuliefern und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formular zu erteilen. Das Formular ist in der **Kartenstelle Festhalle** zu erhalten. **Die Restbestände verbleiben in den Verkaufsgeschäften und werden für die nächste Fettverteilung angerechnet.**

Wir ersuchen die Verkaufsstellen, die Frist für die Abrechnung im Interesse der Neuverteilung pünktlich einzuhalten.

Geschäfte, welche nicht rechtzeitig abrechnen, können als Verkaufsstellen gestrichen werden. 590

Karlsruhe, den 15. Februar 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Aufruf!

Spendet Gaben für das Rote Kreuz in Bulgarien

Der Ortsausschuß für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe

Zur Entgegennahme von Gaben sind außer den seinerzeit bekannt gegebenen Mitgliedern des Ortsausschusses und Bankhäuser auch die Geschäftsstellen sämtlicher Zeitungen, das Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland, Zähringerstraße 98 1. Stock, die Firma L. J. Ettlinger, Eisenhandlung, sowie die Stadthauptkasse B (Rathaus, Eingang von der Hebelstraße aus) bereit. 476

Hauptsammelstelle: Stadthauptkasse B, Rathaus.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

50. Danksagung.

An Spenden für das Rote Kreuz sind **aus der Stadt Karlsruhe** bei unserer Kassenverwaltung vom 1. bis 31. Januar weiter abgeliefert worden von: Sr. Großh. Hoheit Prinz Max und Ihrer Königl. Hoheit Prinzessin Max von Baden 1000 ℳ, Reichsbankdirektor Dies (1. Viertel 1917) 100, Frau Bez.-Tierarzt Fuchs Witwe (an Stelle von Kranzspenden) 6, Lehrerinnen der Frauenarbeitsschule (für Januar) 52, Almenrausch 50, Firma Christ. Riempp (aus altem Gold) 100, prakt. Arzt Dr. Sternberg (w. G.) 20, Kriegs-Ger.-Rat Traumann (w. G.) 100, darunter 50 ℳ für Gefangene, Feldw.-Leutn. Kugelstadt 5, Frau Baurat Hummel Witwe (w. G.) 50, Jden. Waschanstaltsbes. (w. G.) 40, Geh. Oberreg.-Rat Seldner (w. G.) 50, Landger.-Rat Dr. Jordan (w. G.) 58,30, Ungen. dch. Emil Weill 7, Rechtsanw. Dr. Fürst (w. G.) 100, Frau E. (w. G.) 10, Großh. Geh. Oberreg.-Rat u. Landger.-Präs. Dr. A. Trefzer (29. G.) 100, Konsul Bielefeld, Delegierter der Abnahmestelle 14. A.-K. (bei ihm eingegangene Spenden für Weihnachtspakete) 10 754, Anteil an der städt. Haussammlung (für Liebesgaben im Nov.) 327,50, A. 50, Skatkasse H. M. (dch. Bauinsp. Mombert) 20, Anteil an den Gehaltsabzügen der Beamten- und Lehrerschaft (im Dez.) 1505,45, Martin Krämer 5, Theodor Herr 20, Franz Schmidt (dch. die Vereinsbank) 40, Prof. Bredig (w. G.) 50, Ebersberger u. Rees 1000, Ungen. 1, Ungen. 1, Ungen. 20, Fritz Ulrici, Kfm. 20, E. N. (Erlös aus Goldablieferung) 100, Uhl in Rüppurr 3, Mitglieder d. ehem. Gesellschafter Gut Schöneck, Turmberg, G. m. b. H., 50, Militär. Prüfungsstelle für Privattelegramme an das Feldheer 133,20, Hans Kissel 3, Privatier Stellberger 10, Vorstand der Museumsgesellschaft, Erlös einer Kinderweihnachtsaufführung, 200, Kinder-Kaffee-Kränzchen 3, Zugführerstellv. Jenny 4,80, Ungen. 5, Ungen. 50, Fritz Ulrici, Kfm. 20, Ungen. 3, Geh. Hofrat Dr. Benckiser 1000, Ungen. (dch. J. K. H. Großh. Luise) 1000; **durch die Rheinische Kreditbank** von: Max Elsasser 50, Frau Sigwalt 10, Emma Wild 20, Frl. Elisabeth Stein (w. G.) 40, Wilhelm Frey, Rechtsanwalt 50, Frau M. Bulst 5, In Gedenken an meinen Mann in Gefangenschaft in Indien 20, Frau Rob. Hiller Wwe. (w. G.) 100, Frau Stephanie Heinsheimer 20, Notar Simon (w. G.) 50, Dr. Kaiser, Geh. Med.Rat 50, Stabsarzt Dr. Bukofzer 50, Oberl.-Ger.-Rat Neckel (monatl. Gabe) 100, Minister Frhr. von Bodman, Exz. (w. G.) 100, Prof. Karl Eyth (w. G.) 10, Frl. Bühler 10, Frau Helene Arnold (f. Jan.) 50, Dr. Holtzmann (w. G.) 25, Geh. Hofrat Dr. Blum (f. Jan.) 100, Dr. Dambacher 50, Hofrat Dr. Troß (f. Jan.) 30, Frau A. Trau 20, Josef Sautier 100, Landger.-Direktor Oser 100, Frau Dir. Marie Stahmer (w. G.) 50, Dr. Schwarzschild (w. G.) 50, Ungenannt (w. G.) 25, E. J. 10, Land-Ger.-Direktor Dr. Reiß 50, Frau Math. Bechert 100, Geh. Rat Duffner 50, F. Fallenstein 100, Siefert, Geh. Oberforstrat 40, Oberl.-Ger.-Rat Neckel (monatl. G.) 100, Frl. Amelie Maier 50, Geh. Rat Prof. Dr. Warth (w. G.) 50; **durch das Bankhaus Straus u. Co. von:** M. A. Straus (f. Liebesgaben im Januar) 100, Dr. M. Straus (f. Jan.) 100, Berta Gutmann Wwe. (für Januar) 25, Sigmund Bernheimer (w. G.) 50; **durch das Bankhaus Heinrich Müller** von: Friedrich Krämer 10, Frau Konsul Müller-Remy (w. G.) 100, Gesellschaft „Bärenzwinger" (w. G.) 300, Postsekretär Canz in Wilferdingen 5; **durch die Mitteldeutsche Kreditbank** von: Frau von Fiebig 100, auf Wunsch d. H. A. 10; **durch das Bankhaus Götz** von: Verein, Badischer Zugmeister Karlsruhe 130; **durch die Gewerbe- und Vorschußbank** von: Land-Ger.-Rat Winkler (monatl. Gabe) 20; **durch das Bankhaus Veit L. Homburger** von: Fuchs, Geh. Postrat 50, Siegmund Levis (w. G.) 100, Geh. Fin.-Rat Ellstätter (Monatsbeitrag) 50, Baurat Bischof (Monatsbeitrag) 100, Prof. Haßlinger (w. G.) 15, Oberl.-Ger.-Rat Jaeckle 10, Geh. Rat Fetzer (Monatsbeitr.) 50, Dr. Theod. Homburger (Monatsbeitr.) 25, Med.-Rat Dr. Gutmann (Monatsbeitr.) 50, Oberbaurat Nacher (Monatsbeitr.) 30, Marx (f. Kriegsgefang.) 10, Frl. M. Nödel 50, Robert Curzel (f. Liebesgaben bad. Truppen) 50; **durch die Badische Bank** von: Frau L. Feist Wwe. (w. G.) 50, Skatkasse Bären 6, Med.-Rat Dr. Brian (w. G.) 30, Frl. M. Schindler 2; **durch die Friedrich-Apotheke** von: A. H. 5; **durch den Bad. Landesverein für Innere Mission:** für Kriegsgefangene 5, für die Sachsen in Siebenbürgen 10; **durch das Großh. Landesgewerbeamt:** von: Karlsruher Männerturnverein (dch. Herrn Baumann für Liebesgaben) 25, Ungen. (f. Liebesgaben) 3, Frau Y. 30; **durch die Firma Gebr. Leichtlin** von: Direktor Karl Forst (für Dez. u. Jan. je 200 ℳ) zus. 400; **durch die „Badische Presse"** von: Georg Graulich 10; **durch das „Karlsruher Tagblatt"** von: Ungen. 15, Ungen. 5, A. M. 3; **durch die Karlsruher Lebensversicherung** von: Frau Frida Hornberger 2, Frl. J. Baumann 50; **zusammen 21 888 ℳ 65 ₰,** mit den bereits veröffentlichten Spenden im ganzen bis heute **1 235 515 ℳ 92 ₰,** darunter für den Liebesgabenfonds **286 617 ℳ 78 ₰.**

Für das Verwundetenheim gingen ein von: Frau Geh. Rat Knittel 5, Sammelbüchsen im Heim 62,08, Frau Geh. Rat Arnold 20, Frau Maier-Ettlinger 10, im ganzen bis heute **9472 ℳ 19 ₰.**

An Naturalgaben sind an die hiesigen Lazarette weiter abgeliefert worden von: Frl. Goldschmidt, Hofjagdamt, Frau Stadtrat Kölsch, Milchhändler Hermann, Tscherning, Sinner, Geschw. Baer, Fabr. Stern, Frau von Bayer, Louis Stern u. Cie., Frl. Wunder, Frau J. Seeligmann, Erhardt, Soldat Wohlfahrt, Behringer, Freifrau von St. André, Karl Roth, Frl. Wagner, Frau Kom.-Rat Moninger, sämtliche von Karlsruhe; Gemeinde Rußheim, Zürich, Prof. Bänziger, Batzenhof, W. Funk, Malsch-Staffort, K. Wilhelm, Gemeinde Ellmendingen, Grünwinkel, Firma Sinner, Hauptmann Heuß, Ostfront, Neuershausen, Freifrau von Marschall. 588

Für alle Gaben herzlichen Dank!

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

46. Danksagung für auswärtige Gaben.

An Spenden für das Rote Kreuz sind von **außerhalb der Stadt wohnhaften Personen** bei unserer Kassenverwaltung in der Zeit vom 1. bis 31. Januar weiter eingegangen:

Von den Frauenvereinen: Tauberbischofsheim (für Weihnachtspakete) 40 ℳ, Schriesheim 500, Obergimpern 6, Altenheim 30, Dettingen 5, Schönau b. H. (f. Dezember) 5, Wehr 50, Gondelsheim 10, Bernau 50, Rickenbach 11, Eubigheim (f. Dez.) 10, Reilingen (f. Dez.) 10, Neidenstein 50, Spielberg 30, Ibach 40, Seckenheim 300.

Von den Kirchengemeinden und Pfarrämtern: Sand 17,50, Gemmingen (Opfer aus Kriegsandachten) 24, Leopoldshafen 10, Neunkirchen (von den Kriegsbetstunden im Nov. u. Dez.) 20,18, Elsenz 10.

Von den Gemeinden und Bürgermeisterämtern: Eggenstein 150, Oberharmersbach 300.

Durch Bezirks- bezw. Ortsausschüsse vom Roten Kreuz: Zell i. W. 200, Stockach 158,20 (darunter 58,20 für Weihnachtspakete), Bruchsal 400, Staufen 50, B.-Baden (f. Abnahmestelle) 500, Lahr 300, Durlach (f. Dez.) 800, Kehl (f. Dez.) 200, Nußbaum (aus Kriegsbetstunden v. Nußbaum 20, Sprantal 8), zus. 28, Pforzheim (f. Dez.) 1000, Badenweiler (f. Dez.) 100, Meßkirch (f. Jan.) 50, Schopfheim 300, Rußheim (f. Jan.) 100, Mannheim 8000 (darunter 3000 f. Abnahmestelle), Furtwangen 100, Weinheim (f. Jan.) 300, St. Blasien (von Kom.-Rat Krafft) 1000, Achern (f. Jan.) 100, Ueberlingen (f. Jan.) 250, Heidelberg (f. Dez.) 1288,55, Gengenbach (f. Nov. u. Dez.) 1000, Wolfach 400.

Von Bahn- usw. Personal der Stationen: Malsch, Haag, Oberstat.-Kontr 5, Openau, Stat.-Amt 12, Durlach, Stat.-Kasse (8 Beamte) 11,50, Malsch, F. Schwarz, Eisenbahnsekr. 5, Freiburg, Personenstat.-Kasse 23,50, Kippenheim, Großh. Stat.-Amt 5, Baden-Oos, Beamtenschaft des Großh. Stat.-Amtes (f. Jan.) 8, Freiburg, Beamte des Stat.-Amtes 5, Weinheim, 24. Spende der Beamten und Arbeiter des Stat.-Amtes 250, Radolfzell, Sammlung des Stat.- und Zugpersonals 34,50.

Ferner von: Baden, Großh. Steuereinnehmerei (Inh. der Sammelbüchse) 9,76, Freiburg, Großh. Amtsgericht I (Inh. der Sammelbüchse) 177,16, Doves-Dori, Wilh. Neustiel, internierter deutscher Soldat 60, Heidelberg, Schneidermeister Schlosser 10, Dornbach i. W. Georg Rebgen (dch. die Ersatzkomp. d. Fernsprech-Abt.) 45, Durlach, Großh. Steuereinnehmerei (Inh. der Sammelbüchse) 37,88, Ellmendingen, Dekan Maurer 186, Offenburg, Großh. Amtsgericht (Inh. der Sammelbüchse) 8,54, Konstanz, Großh. Landgericht (Inh. der Sammelbüchse) 60,12, Basel, G. W. Harter 1,80, San Franzisko, Karl Jacob 100, Köndringen, Pfr. Köllner 100, Köndringen, Frau Kern 2, Südarmee, Etappen-Munit.-Kolonne 29, 2,50, Friedrichsheim, Med.-Rat Dr. Curschmann (w. G.) 100, O. Daletzki, Kriegskassenbuchh. (f. Jan.) 2, Wiesloch, Großh. Heil- und Pflegeanstalt 200, Vöritetten, Pfr. Hagen 10, Berlin, Gebr. Tietz (aus Fingerhüten) 17,28, Malterdingen, Hauptl. Zimpfer 50, Wollmatingen, Frau Hauptl. Reck 10, Hauptm. Herder, Genesungs-Abteilung, 29. Inf.-Div. 20, Mosbach, Großh. Bad. Landgericht (aus Sammelbüchsen) 60,65, Vizf. Müßle, Landw.-Inf.-Regt. 7, 2, Hemsbach, Sammlg. der Schulkinder 5,75, 7. Bad. Inf.-Regt. 142, 3. Batl. 110, Berlin, Zentralkomitee von Neuyork, Patriotischer Frauenverein 92,40, Franz Graf von Oberndorff, z. Zt. Arlon 500, Landw. Göhringer, Landwehr-Regt. 109, 6. Komp. 200, Kleinlaufenburg, Frau Amarh Artur Codman 2000, Schopfheim, Markgräfler Tagblatt, versch. Münzen und Schmuckgegenstände, Rastatt, Großh. Steuereinnehmerei (Inh. der Sammelbüchse) 10,01, Freiburg, Großh. Steuereinnehmerei (Sammelbüchse) 40,50, St. Blasien, Gerichtskasse (Inh. der Sammelbüchse) 14,21, Basel, Radolfing (f. Abnahmestelle) 100, Mannheim, Großh. Steuereinnehmerei 57,44; **zusammen 23 025 ℳ 96 ₰,** mit den bereits veröffentlichten Spenden im ganzen bis heute **1 622 046 ℳ 25 ₰,** darunter für den Liebesgabenfonds **437 458 ℳ 45 ₰.** 582

Für alle Gaben herzlichen Dank!

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Samstag, den 17. Februar 1917, abends 8 Uhr, im Lokal **„Zur Kronenhalle"**, Kronenstraße 3:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
2. Vortrag über das **Hilfsdienstgesetz** von Gauleiter Burker.
3. Verschiedenes. 578

Die Ortsverwaltung.

Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Die Stücke zu 100 Mk. der V. Kriegsanleihe sind eingetroffen. Wir bitten unsere Zeichner, solche gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen gefl. bei uns in Empfang nehmen zu wollen.

Karlsruhe, den 14. Februar 1917. 593

Die Verwaltung.

Gesucht

eine Anzahl fleißiger

Frauen und Mädchen

Zu erfragen beim Portier. 594

Bad. Lebensmittelfabrik, Louis L. Stern & Co.

Bannwaldallee 1.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Pius Dantes, Stadttaglöhner, Ehemann, 56 J. alt. Babette Linl, Dienstmagd, ledig, 62 J. alt. Emil, 6 J. alt, V. Emil Feil, Hausmeister. Magdalena Klenk, 77 J. alt, Witwe von Heinrich Klenk, Schuhmacher. Marie Deurer, 70 J. alt, Ehefrau von Karl Deurer, Taglöhner. Heinrich Schiel, Maurer, ledig, 43 J. alt. Marie Schneider, 30 J. alt, ohne Gewerbe, ledig. Alwine Wallmann, 77 J. alt, Witwe von Eduard Wallmann, Priv.

Regenschirme empfiehlt 107

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Treppe.

Postkarten u. Pass-Bilder

werden billig angefertigt. 587

Photograph Meess, Schützenstr. 61.

Hasen-, Rehe- u. sonstige Felle

kauft, soweit beschlagnahmefrei, zu höchsten Tagespreisen

583 **M. Kleinberger**

Schwanenstr. 11. Tel. 835.

Gesucht

Kutscher

auch kriegsbeschädigte, zuverlässig und mit guten Zeugnissen. 588

Karlsruhe, 14. Febr. 1917.

Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion.

Fr. Widmann, Goldschmied

Kaiserstrasse 223

Reparaturen an Gold- und Silberwaren werden sauber ausgeführt. 404

Kaufe alte Schmucksachen, Steine etc.

Gelegenheitskauf! Ein besserer trichterloser noch ganz neuer Grammophon mit 20 St. doppelseitigen Platten zusam neu 60 Mk., viele doppelseitige Grammophonplatten sehr billig abzugeben. 576

Kaiserstraße 17, part.

Herren- und Damenkleider

färbt rasch 283

Färberei Firnrohr,

Kaiserstraße 28.

Damen-Pelze

von Mk. **14.75** an

Plüsch-Krawatten

von Mk. **6.75** an 567

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Büro-Fräulein

gesucht,

tüchtig im Maschinenschreiben und Stenographie. Bewerberinnen wollen sich melden 111

Städt. Arbeitsamt

Zähringerstraße 100, 3. Stock

Zither-Unterricht

umsonst 410

erhält: wer **Wilhelmstr. 28, 1 Treppe,** eine Accord-Zither kauft. Vorzügl. preiswerte Instrumente, ohne Notenkenntnis leicht erlernbar. Eine Freude für Alt u. Jung. Teilzahlung gestattet.